

WIENER HATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

26. Jahrgang. Wien, Dienstag, den 27. Juli 1920. Nr 244.

Kartoffelabgabe. Mittwech bis Freitag werden in den Bezirken 16 bis 20 ausländische Kartoffeln zum Preise von 9 K pro Kg und zwar 1 kg pro Person gegen die Abschnitte P und Q der Kartoffelkarte abgegeben.

Zusatzkarten für Arbeitslose. Am 31. ds. laufen die Zusatzkarten für Arbeitslose ab. Die neuen Zusatzkarten (die bisherigen gelben Karten mit rotem Aufdruck) werden ab. 29. ds. an allen Wochentagen bei den Brotkommissionen während der Dienststunden unter den bisherigen Gepflogenheiten ausgegeben. Zur Beachtung sind vorzuweisen: Der mit dem Kontrollstempel der vorangegangenen Woche versehenen Zahlungsbogen betreffend die städtische Unterstützung für Arbeitslose oder die den gleichen Stempel tragende Kontrollkarte des zuständigen Arbeitslosenamtes, ein Ausweisdokument wie Taufe-, Geburts-, Trauungs-, Heimatschein, Gewerbeschein, Steuerbogen u. dgl. der weiße amtliche Einkaufsschein; der graue Einkaufsschein für Rindfleisch nur im Falle gewünschten Umtausches in einen rosa Einkaufsschein für Wohlfahrtsfleisch.

Vom Kraftstellwagenverkehr. Ab morgen (Donnerstag) verkehren die Kraftstellwagen während der Tagesstunden auf der Linie Volkseper - Landstrasse nur bis zum Bürgertheater. Der Teil Bürgertheater - Rochuskirche wird nur mehr im Nachtverkehr, nach 10 Uhr abends, befahren.

Wiens Gesundheitsverhältnisse Wiens im Juni. Infolge des günstigen Witterung war der Krankenstand günstig beeinflusst und sind die Erkrankungen der Atmungsorgane wesentlich zurückgegangen. Die für die heisse Jahreszeit charakteristischen Darmerkrankungen haben keine wesentliche Verheerung erfahren. Von den Infektionskrankheiten haben Scharlach, Diphtherie und Bauchtyphus eine ziemlich starke Zunahme erfahren, während die Ruhr fast stationär geblieben ist. Beim städtischen Gesundheitsamte liefen 257 Anzeigen ein, wovon 153 auf Scharlach, 110 auf Diphtherie, 28 auf Typhus 37 auf Ruhr und 1 auf Malaria. Die Sterblichkeit war die niederste der letzten drei Jahre. Es starben 2475 Personen.

Die Budgetberatung im Stadtsenat. Im Stadtsenat wurde heute vormittags mit der Beratung des Voranschlages für das Verwaltungs-jahr 1920/21 begonnen. Finanzreferent StR. Breitner erstattete ein ausführliches Referat über die finanzielle Lage der Gemeinde Wien und wies darauf hin, dass das sich ergebende Defizit, welches sich nach den letzten Zusammenstellungen auf 1237 Millionen Kronen beläuft, angesichts der getübten kassereten Sparsamkeit als ein Minimaldefizit angesehen werden müsse. Allerdings dürfen die Verhältnisse in Bezug auf Personal- und Sachausgaben nicht eine weitere empfindliche Verteuerung erfahren. Ob dies allerdings angesichts der Beschlüssen, welche die Nationalversammlung in Bezug auf die Getreidepreise gefasst hat, aus wirklich der Fall sein wird und ob nicht der Herbst eine neue Teuerungswelle bringen wird, könne im Augenblick nicht gesagt werden.

Die Gelegenheit der vorjährigen Budgetdebatte im Juni herrschende Auffassung, dass mit dem damaligen Abgang von 400 Millionen Kronen bereits ein gewisser Höhepunkt der Finanzkrise erreicht sei, fusst auf der Voraussetzung, dass der Friede auch den Anschluss Deutschösterreichs an das Deutsche Reich bringen und Wien die zweite Hauptstadt der grossen deutschen Republik sein werde. Wenn man die Haltung der Mark gegenüber der Krone in Betracht zieht, die trotz aller Zwangsmassnahmen der Entente weitens günstigeren Kohlenlage betrachtet und vergleicht, welche Mengen an Mehl und Kartoffeln in Deutschland zugewiesen werden, so erweist sich auch, dass dieser Optimismus seine Rechtfertigung erfahren haben würde, wenn eben nicht gewisse Einflüsse den damals gewiss möglichen Anschluss vereitelt hätten.

Trotzdem sei die Finanzlage der Stadt Wien nicht als verzweifelt anzusehen, zumal von den 1237 Millionen Kronen Defizit 600 Millionen Kronen auf einmalige und in den kommenden Jahren in diesem Ausmass kaum wiederkehrende Ausgaben entfallen. 320 Millionen Kronen ergeben sich ^{als} Kurverlust bei der Rückzahlung der heuer fällig werdenden 83 Millionen Mark. Wenn sich die Stadt noch weitere Valutaschulden hat, so sind diese doch nicht in einem solchen Masse um künftige Budgets in dieser Weise zu belasten. 228 Millionen Kronen sind aufzubringen für produktive Investitionen der Unternehmungen, darunter 181 Millionen Kronen für die Elektrizitätswerke, welche sich durch Erschliessung heimischen Kohlenvorkommen von Auslands möglichst unabhängig

machen wollen. 52 Millionen Kronen erfordert die Fertigstellung der Wohnkolonie auf der Schmelz, wonit dann allerdings die Betätigung der Gemeinde, solange die gegenwärtigen Preisverhältnisse andauern, ihren Abschluss erreicht hat. Durch die geplanten neuen Steuern und Steuererhöhungen, die in sechs Vorlagen zusammengefasst sind, sollen der Gemeinde neue Einnahmen von etwa 330 Millionen Kronen erwachsen, wodurch sich die Steuererlebigkeit auf das Fehnfache des Friedenszeit stellen würde. Der Referent wies darauf hin, dass seiner Ansicht nach durch die blossen Steuermechanik eine Sanierung des Gemeindehaushaltes voll kommen ausgeschlossen sei. Die könnte nur geschehen, wenn durch den Krieg etwa lediglich Verschiebungen in der Vermögensverteilung ermöglicht würden. Dann könnte es ja allerdings gelingen, durch Erfassung der Steuerträger das Gleichgewicht herzustellen. Die Wahrheit sei vielmehr, dass durch die wirtschaftliche Zerreissung der im Laufe der Jahrhunderte einander ergänzenden Teile der Monarchie gerade für Wien, welches das Verwaltungszentrum dieses ganzen Organismus dargestellt hat, die schwierigste Lage geschaffen worden ist. Auf der ganzen Welt gibt es keinen Staat, dessen Landeshauptstadt 1/3 der Einwohner zählt. Durch die furchtbaren Zerstörungen, welche der Krieg hervorgerufen hat, sind auch innerhalb des Gemeinwesens viele Tausende von Haushalten zugrunde gegangen worden. Dies trifft nicht nur auf die immer wieder betonten freien Berufe sondern auch auf die Angestellten und nicht minder auf die Arbeiterwelt. Wenn Letztere auch durch die Kraft ihrer Organisationen etwas bessere Zahlungen erringen konnte, so reichen dieselben doch höchstens hin, die Ernährung in dem Masse zu sichern, dass eben die Arbeitsfähigkeit erhalten bleibt. Auch in diesen so viel benedeten Proletarierhaushalten ist der Hausrat zerstört, Wäsche und Kleider sind aufgebraucht und bedeutet jede Neuanschaffung ein nicht zu lösendes Rätsel. Da nun die Gemeinde nichts anderes ist als die Zusammenfassung aller Haushalte im Gemeindegebiet, so geht schon daraus hervor, dass durch das blosses Anziehen der Steuerschraube der Aufbau nicht bewerkstelligt werden kann. Gewiss wird es notwendig sein, weit höhere Steuern einzuhoben als im Frieden, was am besten das Beispiel Englands beweist, das schon im Jahre 1916 bis zu 75 % Einkommensteuer gegangen ist.

Vor allen anderen wird es sehr als notwendig erweisen die Ausgaben Seite im Budget dort mit ohne die Unternehmungen 2559 Millionen Kronen umzusetzen, um Dutzende von Millionen herab-

zusetzen. Dies sei durchaus möglich, da bisher in der Wiener Gemeindeverwaltung eine besondere Sparsamkeit nicht geübt hat. Allerdings wird man sich nicht davor zurückschrecken dürfen, einen entsprechenden Personalabbau zu vollziehen. Nur durch intensivste Arbeit und durch die Anspannung aller Kräfte wird es, allerdings nicht im Laufe von einem oder zwei Jahren, aber doch in absehbarer Zeit gelingen, zu geordneten Verhältnissen zu gelangen und den sonst unvermeidlichen Zusammenbruch hintanzuhalten.

An dieses Referat knüpfte sich eine längere Debatte an, der sich die Stadträte Dr. Kienböck, Vangoin, Rummelhardt und Vizebürgermeister Ross beteiligten und in der die Inausschließung der Steuerentwürfe auf den Herbst verlegt wurde. Ein diesbezüglich gestellter Antrag blieb in der Minderheit.

Hierauf wurde in die Spezialdebatte eingegangen, die morgen vormittag fortgesetzt wird.

Geehrter Herr Kollege! Heute nachmittag findet keine Sitzung des Stadtsenates statt.

Springer.

Richtigstellung !! In der in der heutigen Ausgabe enthaltenen Notiz „Kartoffelabgabe“ soll es nicht heissen „Mittwoch bis Freitag“ sondern richtig „Dienstag bis Samstag“.